

Überregionaler Pressespiegel 20.02.2012

der Freitag | 20.02.2012 | Jennifer Stange

Ende Gelände

In Dresden gingen am Wochenende Tausende gegen eine Nazi-Demo auf die Straße, die nicht stattfand. Der einst größte Nazi-Aufmarsch Europas dürfte damit Geschichte sein

Am Samstag demonstrierten in Dresden laut Angaben des Veranstalters 10.000 Menschen gegen einen Naziaufmarsch, den es nicht gegeben hat. Bereits Ende vergangener Woche hatten die Kameraden ihren Aufmarsch in der Elbstadt abgesagt. Verständlich, denn aufgrund massiver Blockaden am 13. Februar hatten die Ordnungskräfte die Route ihres Trauermarschs anlässlich der Bombardierung Dresdens 1945 auf 1.200 Meter verkürzt.

Das bundesweite Bündnis Dresden Nazifrei hatte jedoch angekündigt, an den geplanten Aktionen am 18. Februar festzuhalten, um gegen das Demokratieverständnis der sächsischen Landesregierung und die Kriminalisierung von Antifaschismus zu demonstrieren. RednerInnen warfen der Landesregierung vor, nur geringes Interesse an der Aufklärung der Taten der rechtsextremistischen NSU zu zeigen und kritisierten die Kriminalisierung der Proteste in der Vergangenheit.

Nach der Repressionswelle

Dem Bündnis Dresden Nazifrei war es bereits in den beiden letzten Jahren durch Streckenblockaden gelungen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Was in weiten Teilen der Öffentlichkeit als Erfolg der Zivilgesellschaft gefeiert wurde, war den sächsischen Sicherheitsbehörden ein Dorn im Auge. Sie reagierten im vergangenen Jahr mit einer bisher beispiellosen bundesweiten Repressionswelle gegen DemonstrantInnen und Initiatoren der Proteste, die in der so genannten Handydatenaffäre ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Das Bündnis hatte auf einer Pressekonferenz Anfang des Jahres kritisiert, Nazi-Gegner seien in Sachsen einem „politisch motivierten Verurteilungswillen“ ausgesetzt. Blockierer wurden zu Geldstrafen verurteilt und die Staatsanwaltschaft Dresden beantragte bei fünf Abgeordneten der Linkspartei die Aufhebung der parlamentarischen Immunität, um wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz ermitteln zu können.

Dennoch, die Ereignisse in diesem Jahr haben gezeigt, die Stadt Dresden hat dazu gelernt. Zum ersten Mal seit knapp zehn Jahren haben die verantwortlichen Behörden nicht auf Biegen und Brechen versucht das Versammlungsrecht der Nazis durchzusetzen und haben damit auf Zusammenstöße von Gegendemonstranten und Polizei weitgehend verzichtet. Die NazigegnerInnen „konnten an den Orten demonstrieren, die für die vielfältigen Verletzungen ihrer Grundrechte stehen“, resümiert das Grundrechtekomitee in seiner Presseerklärung.

Über Jahre hinweg hatten sich Politik und Öffentlichkeit in Dresden nicht an dem Trauermarsch der Nazis gestört, die genau wie sie, an die Opfer des „Bombenterrors“ der Alliierten erinnerten. Gestört haben immer die Anderen. Diejenigen, die sich gegen den Naziaufmarsch, gegen die geschichtsvergessene Klage über die deutschen Opfer, gegen die Abwesenheit von Mitgefühl für die Opfer des Nationalsozialismus und gegen das Ressentiment richteten, das die Alliierten als „Kriegsverbrecher“ anklagt. Gegen ein Gedenken, das den Mythos nicht ruhen lassen kann, wonach Dresden ein sinnloses Opfer gewesen sei, ohne militärische und industrielle Bedeutung im Zweiten Weltkrieg.

Den Aufmarschort madig gemacht

Mit den Ereignissen dieses Jahres dürfte der einst größte Nazi-Aufmarsch Europas endgültig Geschichte sein. Dies ist vor allem das Verdienst des Bündnisses Dresden Nazifrei, dem es seit Jahren gelingt, mehr als 50 Busladungen aus dem gesamten Bundesgebiet nach Dresden zu mobilisieren – ein Lehrstück. Denn sie haben nicht nur den Nazis einen beliebten Aufmarschort madig gemacht, sondern haben auch den Dresdnerinnen gezeigt: Wer über den Nazi-Aufmarsch nicht reden will, sollte zu Demokratie und Toleranz schweigen.

Währenddessen waren "Freie Kräfte", "Autonome Nationalisten" und Kameradschaften auch bei alternativen „dezentralen Aktionen“ wenig erfolgreich. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich in Gera etwa 125 Rechte an einem "Trauermarsch". Laut Indymedia fanden in vergleichbarer Größenordnung auch spontane Ausweisdemonstrationen der Nazis in Worms, Fürth und Minden statt.

<http://www.freitag.de/politik/1207-ende-gelaende>

Evangelischer Pressedienst | 20.02.2012 | Marius Zippe

Erneut protestierten Tausende Menschen in Dresden gegen Rechtsextremismus

Dresden (epd). Im Umfeld des Dresdner Kriegsgedenkens haben innerhalb einer Woche zum zweiten Mal Tausende Einwohner gegen Rechtsextremismus und Intoleranz protestiert. An einer Demonstration des linken Bündnisses "Dresden Nazifrei" nahmen am Samstag nach Veranstalterangaben etwa 10.000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Die Polizei sprach von mehr als 6.500 Beteiligten. Es dürfte bundesweit die größte Anti-Neonazi-Demonstration seit Entdeckung des Zwickauer Terrortrios Anfang November gewesen sein.

An einer Kundgebung der Stadt auf dem Schlossplatz versammelten sich 1.500 Menschen und damit deutlich weniger als erwartet. Neben verschiedenen Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs sprach auch der frühere SPD-Vorsitzende, Hans-Jochen Vogel. Der 86-Jährige forderte ein NPD-Verbot. Er finde es "unerträglich, dass dem Rechtsextremismus in Gestalt der NPD eine legale Struktur zur Verfügung steht".

Die Kundgebung stand unter dem Motto "Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe". Zu den Teilnehmern zählte auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). Zum Abschluss zogen die Teilnehmer zur Synagoge. Die Polizei, die mit 1.600 Beamten aus verschiedenen Bundesländern im Einsatz war, sprach von einem weitgehend friedlichen Tag. Fünf Beamte seien verletzt worden, drei davon durch Böllerwürfe. Es habe vier Festnahmen gegeben.

Der Protesttag startete am Vormittag mit Friedensgebeten und einem öffentlichen Schabbatgottesdienst in der Synagoge. Vor mehreren Gotteshäusern wurden Mahnwachen gehalten und Hunderte Menschen verfolgten ein kirchliches Kulturprogramm. Sämtliche Veranstaltungen richteten sich ursprünglich gegen einen parallel erwarteten Großaufmarsch von Neonazis. Dieser wurde abgesagt, offenbar weil Gegner die Aufzüge der Rechten 2010 und 2011 erfolgreich blockiert hatten.

Auf dem Demonstrationzug des Bündnisses "Dresden-Nazifrei" forderten Redner ein Verbot von Neonazi-Aufmärschen und allen rechtsextremistischen Organisationen sowie mehr Solidarität mit Opfern von rechter Gewalt. Teilnehmer trugen Fahnen von Gewerkschaften, Grünen bis zur DKP. Auch mehrere Gruppen von Autonomen hatten sich eingereiht. Das Bündnis wirft insbesondere den sächsischen Behörden vor, zu lange die

rechtsextreme Szene ignoriert und Widerstand dagegen kriminalisiert zu haben. Die Veranstalter werteten die Demo als großen Erfolg. Neonazis müssten nun überlegen, ob sie noch mal in Dresden aufmarschieren wollten, hieß es.

Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) betonte auf der städtische Kundgebung, dass stilles Kriegsdenken in der Stadt nicht mehr ausreiche. Es müsse zusätzlich auch "ein Zeichen" gesetzt werden. Der Mitinitiator der Kundgebung, Frank Richter, räumte eine niedrigere Resonanz als die erwartete ein. Er habe nach dem erfolgreichen und friedlichen Gedenken am Montag geahnt, dass die "ganz große Mobilisierung nicht gelingen wird", sagte er dem epd.

Am Wochenanfang hatten etwa 13.000 Dresdner mit einer Menschenkette an die alliierte Bombardierung vom 13./14. Februar 1945 erinnert. Ein Umzug von 1.600 Neonazis musste aufgrund von friedlichen Gegenprotesten stark verkürzt werden. Der Gedenktag an die Kriegszerstörung wird von der rechten Szene seit Jahren für große Aufmärsche missbraucht. Die Neonazis marschierten bislang am 13. Februar selbst und am folgenden Wochenende auf. Erst in den vergangenen Jahren formierte sich dagegen massiver Widerstand. epd ost zip mg

<http://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/erneut-protestierten-tausende-menschen-dresden-gege>

Jena TV | 20.02.2012

Über 200 Jenaer beteiligten an „Dresden - Nazifrei“

Nachdem sich am 13. Februar über hundert Jenaer Bürger an den Aktionen des Bündnisses „Dresden - Nazifrei“ beteiligten, kamen am Samstag wieder über 1 000 Thüringer und mit ihnen über 200 Jenaer nach Dresden, um sich in die seit Jahren bundesweit größte antifaschistische Demonstration einzureihen. Mehrere Tausend Menschen sorgten mit ihren Blockaden dafür, dass die geplante Marschrouten der Neonazis deutlich verkürzt werden musste. Trotz Repression und Kriminalisierung wuchs die Bereitschaft noch an, auch am 18. Februar den Nazis keine Chance zu lassen, in Dresden aufzumarschieren. Dies führte dazu, dass die Nazis ihren Marsch abmeldeten. Trotzdem wollten die Gegendemonstranten am Samstag ein Zeichen für eine solidarische Gesellschaft und gegen Rassismus setzen. iz

http://www.jenatv.de/politik/%C3%9Cber_200_Jenaer_beteiligte_an_Dresden__Nazifrei_-7569.html

Junge Welt | 20.02.2012 | Markus Bernhardt

»Rechter Großaufmarsch ist Geschichte«

Mehrere tausend Menschen haben am Samstag ein entschlossenes Zeichen gegen Neonazis und staatliche Repression gegen Antifaschisten gesetzt. Mehr als 11000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet versammelten sich in Dresden, um einen erneut drohenden Aufmarsch neofaschistischer Gruppen zu verhindern, die den Jahrestag der Bombardierung der Stadt im Februar 1945 durch die Alliierten für ihre Zwecke mißbrauchen wollten.

Die braunen Geschichtsverfälscher hatten dieses Mal jedoch auf einen eigenen Aufzug verzichtet. Das Bündnis »Nazifrei – Dresden stellt sich quer!« hatte für diesen Fall angekündigt, eine kraftvolle Demonstration gegen die Demokratiedefizite im Freistaat Sachsen durchführen zu wollen. An dieser nahmen etwa 10000 Personen teil. Zur gleichen Zeit versammelten sich rund 1500 Menschen zu einer weiteren Demonstration unter dem Motto »Mut, Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe«, zu der ein breites Bündnis aus etablierter Politik, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen aufgerufen hatte.

In den vergangenen Jahren war die sächsische Justiz massiv gegen Nazigegner vorgegangen. So wurden Antifaschisten mit Strafverfahren überzogen, die Immunität von Bundes- und Landtagsabgeordneten aufgehoben. 2011 war zudem die Telekommunikation im gesamten Stadtgebiet der Elbmetropole überwacht worden.

An der Demonstration von »Nazifrei«, die ohne größere Provokationen seitens der mehr als 1700 eingesetzten Polizisten verlief, nahmen unter anderem die Linke-Vorsitzende Gesine Löttsch und der Bundessekretär der ver.di-Jugend, Ringo Bischoff, teil. Anschließend wurden jedoch vier Demonstranten wegen angeblichen »Widerstandes gegen Vollzugsbeamte« festgenommen.

Franziska Radkte, Sprecherin des Bündnisses »Nazifrei«, resümierte am Sonntag: »Der Nazigroßaufmarsch in Dresden ist Geschichte«.

<http://www.jungewelt.de/2012/02-20/038.php>

Lausitzer Rundschau | 20.02.2012 | Gregor Klaudius & Hendrik Lasch

Friedliche Proteste zeigen Wirkung

Tausende haben am Wochenende in Dresden erneut gegen Rechtsextremismus und Gewalt protestiert. 2000 Menschen versammelten sich am Samstag bei einer Kundgebung auf dem Schlossplatz, bis zu 10 000 Teilnehmer zogen bei einer Großdemonstration durch die Stadt. Die Proteste verliefen friedlich, lediglich am Ende der Demonstration kam es zu einer Auseinandersetzung der Polizei mit Autonomen. Die Veranstalter hoffen, den Rechtsextremisten die Lust am Aufmarschieren endgültig verdorben zu haben. Es sei „wichtig, dass alle zusammen die Demokratie und die Werteordnung des Grundgesetzes verteidigen“, sagte der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel auf dem Schlossplatz. Das NS-Regime sei 1933 an die Macht gekommen, weil „nicht mehr genug Deutsche für die Demokratie eintraten“. Das dürfe „nie wieder geschehen“. Es sei „gut und notwendig“, dass die Dresdner Bürger ein klares Zeichen gegen Nazis setzten. Der SPD-Politiker forderte zudem ein Verbot der NPD.

Die Kundgebung war von der Stadt und einer „Arbeitsgruppe 13. Februar“ geplant worden. Erstmals hatten alle Parteien von CDU bis Linke dazu mobilisiert. Der Leiter der AG und Chef der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, wertete den Tag als Erfolg. Die Kundgebung habe „einen entspannten und friedlichen Charakter“ gehabt, sagte Richter.

Bereits am 13. Februar, dem 67. Jahrestag der zerstörerischen Bombenangriffe auf Dresden durch die Alliierten, hatten Tausende Dresdner gegen Rechtsextremismus

protestiert und an die Opfer des Zweiten Weltkriegs erinnert.

Neonazis versuchen seit Jahren, den 13. Februar mit Aufmärschen für ihre Zwecke zu missbrauchen. Ein Aufmarsch von 1600 Rechtsextremen am vergangenen Montag wurde wegen des großen Protests vorzeitig beendet. Eine für Samstag geplante Demonstration sagten die Neonazis ab.

Die Teilnehmer der Demonstrationen feierten den 13. und 18. Februar als Erfolg. Der friedliche Gegenprotest habe sich gelohnt, sagte der Sprecher des Bündnisses „Dresden Nazifrei“, Stefan Thiele. Europas größter alljährlicher Neonazi-Aufmarsch sei Geschichte.

Bei einer Demonstration des Bündnisses protestierten am Samstag Neonazi-Gegner aus vielen Teilen Deutschlands, darunter aus Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, gegen Rechtsextremismus. Das Bündnis zählte 10 000 Demonstranten, die Polizei sprach von 6500.

Vor einem Jahr war es noch zu schweren Ausschreitungen gekommen, bei denen mehr als 100 Polizisten verletzt wurden. Diesmal blieb der Protest weitgehend friedlich. Am Ende der Demonstration attackierten einzelne linke Demonstranten die Polizei, die sich mit Reizgas gegen die Flaschenwerfer wehrte. Sieben Polizisten wurden durch Flaschen und Böller verletzt. Sie erlitten Prellungen oder Knalltraumata, wie ein Polizeisprecher am Sonntag sagte. Fünf Demonstranten wurden festgenommen und 23 Strafverfahren wegen mutmaßlicher gefährlicher Körperverletzung, Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und Sachbeschädigung eingeleitet.

Insgesamt zogen Polizei und Bündnis aber ein positives Fazit. Der Einsatz der 1600 Beamten sei im Vergleich zum vergangenen Jahr gut verlaufen, sagte ein Polizeisprecher. Und Bündnis-Sprecher Thiele lobte die deeskalierende Strategie der Polizei.

Zum Thema:

Zum Thema Sachsens Innenministerium hat erstmals Zahlen zu allen Straftaten bei den gewaltsamen Protesten gegen Neonazis am 19. Februar 2011 in Dresden aufgelistet. Demnach wurden bei Aufzügen, Versammlungen und Blockaden 750 Straftaten registriert, geht aus einer Anfrage der Linken im Landtag hervor. In den meisten Fällen waren es Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (484). Darunter fallen die Blockaden genehmigter Neonazi-Aufmärsche. In 62 Fällen ermittelten die Behörden wegen Sachbeschädigungen, 55 Mal wegen Körperverletzung. Auch Verstöße gegen das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz (neun) waren dabei. Nach Angaben des Innenministeriums wurde in neun Fällen Anklage erhoben und in 74 Ermittlungsverfahren ein Antrag auf Strafbefehl gestellt. 140 Verfahren gegen bekannte Tatverdächtige wurden eingestellt.

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Friedliche-Proteste-zeigen-Wirkung;art1047,3690666>

Ein Tag nazifrei

Tausende feiern das Ende des größten Naziaufmarsches in Dresden und demonstrieren gegen sächsische Demokratiedefizite

Zehntausend Menschen demonstrierten in Dresden gegen die »sächsischen Zustände«, gegen die Kriminalisierung von Nazigeignern. Und sie feierten: Vom braunen Großaufmarsch war nach den Blockaden 2010 und 2011 in diesem Jahr nichts zu sehen.

An diesem Samstag fällt alles kleiner aus als im vergangenen Jahr. Weniger Busse mit Demonstranten, kleineres Polizeiaufgebot und das Erfreulichste: Die Anzahl der Nazis, die sonst Jahr für Jahr am Jahrestag der Bombardierung Dresdens ihren Geschichtsrevisionismus auf die Straße trugen, ist gleich Null. Dresden nazifrei. Drei Jahre hat es gedauert, bis der Name des antifaschistischen Bündnisses Realität und Europas zwischenzeitlich größter Naziaufmarsch geknackt wurde.

Und trotzdem kommen 10 000 Protestierer aus der ganzen Republik in die sächsische Landeshauptstadt. Der Hauptbahnhof, der im vergangenen Jahr weiträumig und hermetisch abgeriegelt war, weil dort ein paar Tausend Nazis vergeblich darauf warteten loszulaufen, ist der Treffpunkt. Dort, wo die Nazis 2011 im Kampf um Dresdens Straßen ihre zweite herbe Niederlage in Folge einstecken mussten, feiern die Antifaschisten ihren Sieg.

Anfangs noch etwas müde, denn für viele war es ein weiter Weg hierher mit sehr frühem Aufstehen. Nach und nach treffen die Gruppen aus den unterschiedlichen Regionen ein - »Wir begrüßen nun auch Thüringen« - und werden von der Bühne herunter willkommen geheißen. Die meisten Menschen sind bepackt mit allem, was man zu einer Blockade braucht - Thermoskannen, Isomatten, Proviant, warme, wetterfeste Kleidung. Als die Busse in der Nacht oder am sehr frühen Morgen Richtung Dresden gestartet sind, war noch nicht klar, ob tatsächlich keine Nazis kommen oder ob sie nicht doch versuchen würden, irgendwo in der Stadt zu marschieren. Nichts soll dem Zufall überlassen werden, alle sind bereit loszuziehen und zu blockieren.

Aber keine Meldung von gesichteten Nazis kommt und das »Ersatzprogramm« kann beginnen: »Die größte antifaschistische Demonstration in Dresden seit dem Einmarsch der Roten Armee«, heißt es später in einer Durchsage. Keine Jubelparade allerdings, dafür gibt es zu viel zu kritisieren: Der Polizeieinsatz im vergangenen Jahr, mit Unmengen Pfefferspray, Wasserwerfereinsatz bei Minusgraden. Dazu die Funkzellenabfrage, deren Daten noch immer ausgewertet werden, trotz Protestes des Landesdatenschutzbeauftragten; die größtenteils rechtswidrige Erstürmung des Hauses der Begegnung und des Vereins Roter Baum, wo sich unter anderem das Pressebüro von »Dresden nazifrei!« befunden hat. Bis heute hat die Razzia Folgen: Der Rote Baum ist durch die Verweigerung von staatlichen Fördermitteln in der Existenz bedroht, und gegen die damals kurzzeitig Festgenommenen wird wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

Um die jahrelange Kriminalisierung nicht nur der Blockaden, sondern jeglichen Antifaschismus', während rechte Umtriebe verharmlost wurden und die Naziterroristen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« jahrelang in Sachsen unerkannt abtauchen konnten, geht es mit der Demo, die sich gegen zwölf Uhr in Bewegung setzt. Es ist ein langer Zug. Als der vordere Teil an der Synagoge ankommt, sind die letzten am Bahnhof gerade losgelaufen.

Mit in der ersten Reihe läuft fast die gesamte Demo Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der

VVN/BdA und letzter bekannter Betroffener der Ermittlungen. Am 13. Februar war es die auffällige blau-weiß-rote Fahne der VVN/BdA, die ihn zum Verdächtigen gemacht hatte. Die Polizei hatte Bilder aus der Kamera eines Wasserwerfers mit Fahndungsbildern vom letzten Jahr verglichen und im 77-jährigen Fink einen gesuchten »älteren Herren mit VVN/BdA-Fahne«, einen mutmaßlichen Blockierer, ausgemacht. Nur mit Mühe konnte Fink die Beamten zwar wieder loswerden, jedoch nicht davon überzeugen, dass er nicht der Gesuchte ist - und im vergangenen Jahr gar nicht in Dresden war.

An diesem Samstag sind neben den Fahnen von Parteien, Gewerkschaften und Antifa Dutzende VVN/BdA-Fahnen in allen Blöcken des nach Regionen aufgestellten Demonstrationszuges zu sehen. Viele der VVN/BdA-Mitglieder seien aus Solidarität mit Fink in die Elbestadt gekommen - und seinetwegen: Gegen den Berliner VVN/BdA-Geschäftsführer, Markus Tervooren, wird wegen vierfachem schweren Landfriedensbruch ermittelt. Auch hier der Grund: Tragen einer VVN-Fahne zur falschen Zeit am falschen Ort. Einen großen Erfolg nannte er, dass auch ohne Naziaufmarsch so viele Menschen nach Dresden gekommen seien. »Dresden nazifrei« habe nicht den Ruf einer Stadt retten, sondern dem europaweit größten Naziaufmarsch ein Ende machen wollen. Dass das gelungen ist, müsse neben der Kritik an den herrschenden Zuständen auch gefeiert werden.

Die gut sechs Kilometer lange Demo verläuft ruhig. Aus dem ersten Block fliegen einige Böller in Richtung der Polizei und detonieren teilweise dicht neben der Demo. Einmal platzt Bündnissprecher Stefan Thiele der Kragen, er geht neben den Block und ruft deutliche Worte. Nach mehrfacher Aufforderung vom Lautsprecherwagen hören die Würfe auf. »Es gab im letzten Jahr so schlechte Erfahrungen mit der Polizei, dass bei Einigen wohl die Nerven etwas blank lagen, als die Beamten den vorderen Teil der Demo in ein Spalier schlossen«, sagt Thiele am Sonntag dem »nd«. Manchmal müsse man bei so einer großen und heterogenen Menschenmenge an den Aktionskonsens erinnern.

Es sind vier Sätze: »Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.« Dieser Aktionskonsens ist es, der die Zusammenarbeit auf Augenhöhe so verschiedener Gruppen ermöglicht.

Szenenwechsel: Auf dem Transparent, das vor den Stufen der Brühlschen Terrasse in Dresden aufgespannt wird, ist ein bunt gestreiftes Zebra zu sehen. Darunter begründen Wolfsburger Metallgewerkschafter in recht deftigen Worten, warum sie an diesem Tag in Sachsens Landeshauptstadt gekommen sind: »Den faschostinkebraunen Scheißdreckmist braucht kein Zebra«, ist zu lesen. Sie wollten sich in den Protest gegen den für Samstag angekündigten Naziaufmarsch einreihen. Obwohl die Rechten absagten, stiegen die Wolfsburger frühmorgens in den Bus: »Wir sind«, sagt einer, »alle Überzeugungstätter.«

Die Veranstaltung auf dem Schlossplatz, zu der die Stadt und eine Arbeitsgruppe 13. Februar eingeladen haben, ist ein Novum: Erstmals haben alle Parteien von CDU bis LINKE zum gemeinsamen Protest gegen Nazis aufgerufen. Vor der Bühne, auf der unter anderem Prinzen-Sänger Sebastian Krumbiegel auftritt, stehen CDU-Ministerpräsident und SPD-Landeschef, LINKE und Grüne, Superintendent und DGB-Landesvize.

Das war nicht immer so: In früheren Jahren hatte es viel Streit darüber gegeben, ob sich der Protest gegen Nazis und das von vielen Bürgerlichen favorisierte stille Gedenken an die Opfer der Dresdner Zerstörung vertragen. Dass es diesmal anders ist, findet viel Lob. Es sei »wichtig, dass alle zusammen die Demokratie und die Werteordnung des Grundgesetzes verteidigen«, sagte der frühere SPD-Bundesvorsitzende Hans-Jochen Vogel, der als Hauptredner auftritt. In der AG 13. Februar einigte man sich auch auf eine Kundgebung, die Proteste in Sicht- und Hörweite zu dem erwarteten großen

Naziaufmarsch ermöglichen sollte. Dessen Absage dämpfte den Eifer bei den Dresdnern spürbar. Hatten sich am vergangenen Montag noch 13 000 Bürger in die Menschenkette eingereiht, von denen einige Tausend anschließend zum lautstarken Protest zu den Blockaden am Rand der Naziroute weiterzogen, blieb die Zahl am Samstag deutlich hinter den Erwartungen zurück. Statt der erhofften 10 000 kamen nur gut 1500 Menschen, die den Platz zwischen Hofkirche und Fürstenzug nicht wirklich dicht füllten. »Ich hätte mir ein paar Tausend mehr gewünscht«, räumte Frank Richter, Moderator der AG 13. Februar, ein. »Ich hätte ihnen mehr gegönnt«, sagt auch Stefan Thiele. An der Demo nahmen geschätzte 2000 Dresdner teil. »Das zeigt auch, dass unser Konzept, sowohl den Geschichts- und Gedenkdiskurs aufzugreifen als auch den Naziaufmarsch direkt zu blockieren, von vielen geteilt wird«, meint Thiele.

Die 80-jährige Nora Lang, Überlebende der Zerstörung Dresdens im Februar 1945, bezeichnete auf dem Schloßplatz die Kundgebung als einen »Auftakt für die demokratischen Kräfte, sich vereint für Demokratie und Frieden einzusetzen«. Sie steht gemeinsam mit Eugeniusz Kolodziejczyk auf der Bühne, der als junger Mann die deutschen Luftangriffe auf die polnische Stadt Wielun am ersten Tag des Zweiten Weltkriegs überlebte.

Ein symbolträchtiger Auftritt: Die Angriffe auf Dresden hatten eine Vorgeschichte; einen vom NS-Staat entfesselten »Angriffs- und Vernichtungskrieg«, wie Vogel erinnert. Dass Nazis das Gedenken zu vereinnahmen suchen und nur an die deutschen Opfer alliierter Angriffe erinnern, empört deshalb die Überlebenden. Das sei, sagt Nora Lang in aller Deutlichkeit, »nicht in unserem Namen«. Ein Politiker der LINKEN findet deutliche Worte: Die Zahlenverhältnisse zwischen der Demonstration von »Dresden nazifrei« und der Kundgebung auf dem Schlossplatz zeigten auch eindrucksvoll, »wer am vorigen Montag wirklich was bewegt hat«. Aber kleinreden lassen wollen sich die Verantwortlichen das Erreichte nicht. Noch voriges Jahr wäre es nicht vorstellbar gewesen, dass auf einer derartigen Kundgebung gegen Rechts auch CDU-Lokalpolitiker als Ordner auftreten. Die AG 13. Februar, wünscht Frank Richter, solle ihre Arbeit fortsetzen.

Und die Nazis? Sie können an diesem Samstag kaum 400 »Kameraden« bundesweit in Bewegung setzen. »Nazifrei« ist Dresden zwar nicht, doch mit der Absage ihres letzten Großaufmarsches mussten sie vermutlich eine der größten Schlappen der letzten Jahre einstecken.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/219008.ein-tag-nazifrei.html>

Sächsische Zeitung Chemnitzer Morgenpost | 20.02.2012

Dresden: Polizeieinsatz kostet 5 Mio. Euro

Polizei und Landeshauptstadt haben die Bewährung bestanden. Bei den diesjährigen Kundgebungen zur Erinnerung an die Bombardierung der Stadt 1945 sowie den Protestaktionen gegen aufmarschierende Nazis am 13. und 19. Februar blieb es in diesem Jahr weitgehend friedlich.

Dresden. „23 Straftaten und fünf Festnahmen - das ist gar nichts“, bilanziert Dresdens leitender Polizeidirektor Horst Kretzschmar gestern den Einsatz am Sonnabend. Vor einem Jahr wurden noch mehr als 100 Polizisten zum Teil schwer verletzt - dieses Mal erlitten sieben Beamte ein Knalltrauma, weil sie mit Böllern beschossen wurden. Bei rund 8 000 Demonstranten ein voller Erfolg - auch weil die Nazis am zweiten Protesttag fernblieben.

Dass es weitestgehend gewaltfrei blieb, erklärt Kretzschmar so: „Es gab eine unausgesprochene Kooperation zwischen ‚Dresden Nazifrei‘ und der Polizei. Unsere Strategie war verdeckte Präsenz und Deeskalation.“ Bei der Veranstaltung der „Arbeitsgruppe 13. Februar“, mit etwa 1500 Teilnehmern, blieb es komplett friedlich. Aus dem Umfeld der Demo von „Dresden Nazifrei“, mit rund 6500 Teilnehmern, wurden vereinzelt Polizisten provoziert und angegriffen. Kretzschmar: „Die Polizeibeamten sind in solchen Situationen auch mal einen Schritt zurück gegangen.“ Deshalb sei die Situation nicht eskaliert.

Insgesamt kosteten die Einsätze vom 13. und 18. Februar mehr als fünf Millionen Euro. 2011 waren es 6,5 Mio. Euro. Ob damit der Spuk der Nazis für Dresden nun vorbei ist, bleibt offen. Staatssekretär Michael Wilhelm vom Sächsischen Innenministerium: „Ich würde es mir wünschen.“ (AW)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Chemnitz/Dresden_Polizeieinsatz_kostet_5_Mio_Euro/articleid-2992732

Süddeutsche Zeitung | 20.02.2012

Neue Strategie geht auf

In Dresden demonstrieren Tausende gegen Nazis - diese sagen ihre Kundgebung ab

Dresden - Zum zweiten Mal in einer Woche haben Tausende in Dresden gegen Rechtsextremismus protestiert. 2000 Menschen versammelten sich am Samstag bei einer parteiübergreifenden Kundgebung auf dem Schlossplatz, bei einer Großdemonstration liefen laut Veranstalter 10000 Teilnehmer mit. Die Polizei sprach von mehr als 6500 Beteiligten.

Die Kundgebung war von der Stadt und einer parteiübergreifenden 'Arbeitsgruppe 13. Februar' geplant worden. Wegen der Gegendemonstrationen hatten Neonazis ihren Aufmarsch am vergangenen Montag vorzeitig abbrechen müssen und die für Samstag geplante Veranstaltung abgesagt.

Erstmals hatten alle Parteien von CDU bis Linke Teilnehmer mobilisiert und sich auf den früheren SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel als Redner geeinigt. So kam es, dass sich auch der anwesende sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) nicht äußerte. Es sei 'wichtig, dass alle zusammen die Demokratie und die Werteordnung des Grundgesetzes verteidigen', sagte Vogel bei der Kundgebung. Das NS-Regime sei 1933 an die Macht gekommen, weil 'nicht mehr genug Deutsche für die Demokratie eintraten'. Das dürfe 'nie wieder geschehen'. Es sei 'gut und notwendig', dass die Dresdner Bürger ein klares Zeichen gegen Nazis setzten. Der SPD-Politiker forderte ein Verbot der NPD. Es sei 'unerträglich', dass dem Rechtsextremismus 'legale Strukturen zur Verfügung stehen und dass er mit Steuergeldern gefördert wird'.

In früheren Jahren hatte es Streit darüber gegeben, ob sich Protest gegen Nazis und stilles Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens vertragen. Dass es diesmal

anders war, fand auf der Veranstaltung viel Lob. Auch die Polizei ist mit ihrem neuen Konzept für die Einsätze rund um den 13. Februar in Dresden zufrieden. Sie hatte Proteste in Sicht- und Hörweite der geplanten Nazi-Veranstaltungen zugelassen. Trotz kleinerer Rangeleien seien die Demonstrationen sehr friedlich verlaufen, sagte Innenstaatssekretär Michael Wilhelm. 1600 Beamte aus verschiedenen Bundesländern waren im Einsatz. Mangels Gegenseite blieb die Veranstaltung weitgehend friedlich. Augenzeugen zufolge attackierten einzelne Teilnehmer Polizisten. Die Polizei setzte Reizgas ein. Wilhelm äußerte die Hoffnung, dass jetzt die Neonazi-Aufmärsche aufhören. 'Wir würden uns wünschen, dass es wieder zu einem stillen Gedenken kommt.' dapd dpa epd

Südkurier | 20.02.2012 | Marius Zippe

Dresden bekennt Farbe

In Dresden haben innerhalb einer Woche zum zweiten Mal Tausende Menschen gegen Rechtsextremismus und Intoleranz protestiert. An einer Demonstration des linken Bündnis „Dresden Nazifrei“ nahmen nach Veranstalterangaben etwa 10 000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

Die Polizei sprach von mehr als 6500 Beteiligten. Es dürfte bundesweit die größte Anti-Neonazi-Demonstration seit Entdeckung des Zwickauer Terrortrios Anfang November gewesen sein.

An einer von der Stadt initiierten Kundgebung auf dem Schlossplatz versammelten sich 1500 Menschen, weniger als erwartet. Der frühere SPD-Vorsitzende, Hans-Jochen Vogel (86) forderte dabei ein NPD-Verbot. Er finde es „unerträglich, dass dem Rechtsextremismus in Gestalt der NPD eine legale Struktur zur Verfügung steht“. Die Kundgebung stand unter dem Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe“. Zu den Teilnehmern zählte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). Zum Abschluss zogen die Teilnehmer zur Synagoge.

Die Polizei, die mit 1600 Beamten aus verschiedenen Bundesländern im Einsatz war, sprach von einem weitgehend friedlichen Tag. Fünf Beamte seien verletzt worden, drei davon durch Böllerwürfe. Es habe vier Festnahmen gegeben. Der Protesttag war mit Friedensgebeten und einem öffentlichen Schabbatgottesdienst in der Synagoge gestartet. Vor mehreren Gotteshäusern wurden Mahnwachen gehalten. Sämtliche Veranstaltungen richteten sich ursprünglich gegen einen parallel erwarteten Großaufmarsch von Neonazis. Dieser wurde abgesagt, offenbar weil Gegner die Aufzüge der Rechten 2010 und 2011 erfolgreich blockiert hatten.

Auf dem Demonstrationzug des Bündnisses „Dresden-Nazifrei“ forderten Redner ein Verbot von Naziaufmärschen und allen rechtsextremistischen Organisationen sowie mehr Solidarität mit Opfern von Nazi-Gewalt. Das Bündnis wirft der sächsischen Polizei und Justiz vor, zu lange die rechtsextreme Szene ignoriert und Widerstand dagegen kriminalisiert zu haben.

Der Gedenktag an die Kriegszerstörung der sächsischen Landeshauptstadt am 13. Februar wird von der rechten Szene seit Jahren für große Aufmärsche missbraucht. Neonazis aus ganz Europa marschierten zumeist am 13. Februar selbst und dann noch einmal am Wochenende danach auf. Erst in den vergangenen Jahren formierte sich massiver Widerstand.

<http://www.suedkurier.de/nachrichten/politik/aktuelles/politik/Dresden-bekennt-Farbe;art1015367,5380240>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 19.02.2012

Schaumburger Nachrichten | 19.02.2012 | Marius Zippe

Dresden macht mobil gegen Neonazis

In Dresden haben innerhalb einer Woche zum zweiten Mal Tausende Menschen gegen Rechtsextremismus und Intoleranz protestiert. An einer Demonstration des linken Bündnis „Dresden Nazifrei“ nahmen am Sonnabend nach Veranstalterangaben etwa 10.000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

Dresden. Die Polizei sprach von mehr als 6500 Beteiligten. Es dürfte bundesweit die größte Anti-Neonazi-Demonstration seit Entdeckung des Zwickauer Terrortrios Anfang November gewesen sein.

Bei einer von der Stadt initiierten Kundgebung auf dem Schlossplatz versammelten sich 1500 Menschen. Der frühere SPD-Vorsitzende, Hans-Jochen Vogel (86), forderte dabei ein NPD-Verbot. Er finde es „unerträglich, dass dem Rechtsextremismus in Gestalt der NPD eine legale Struktur zur Verfügung steht“. Welche Gefahren rechtsextremes Gedankengut berge, hätten die Mordtaten der Zwickauer Terrorzelle gezeigt, sagte Vogel. „Da darf es keinen Übergang zur Tagesordnung geben.“

Die Kundgebung stand unter dem Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe“. Unter den Teilnehmern war auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). Zum Abschluss zogen die Demonstranten zur Synagoge. Der Protesttag war mit Friedensgebeten und einem öffentlichen Schabbat-Gottesdienst in der Synagoge gestartet. Vor mehreren Gotteshäusern wurden Mahnwachen gehalten. Sämtliche Veranstaltungen richteten sich ursprünglich gegen einen parallel erwarteten Großaufmarsch von Neonazis.

Dieser wurde abgesagt, offenbar weil Gegner die Aufzüge der Rechten 2010 und 2011 erfolgreich blockiert hatten. Auf dem Demonstrationzug des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ forderten Redner ein Verbot von Nazi-Aufmärschen sowie mehr Solidarität mit den Opfern.

<http://www.sn-online.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Weltweit/Dresden-macht-mobil-gegen-Neonazis>
